

Verein Bürger und Kommunen gegen die
Westumgehung Würzburg (B26n) e.V.
1. Vorstand Günter Krönert, Duttenbrunn

Newsletter 2018/05
05.05.2018

Westumgehung
B26n



Nein Danke!

Sehr geehrte Vereinsmitglieder,
liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Newsletter 2018/05 möchten wir zur B26n informieren, unsere Position erläutern und um weitere Beteiligung am Widerstand gegen den Bau der B26n werben.

Gelegenheit Widerstand zu zeigen gibt es am 09.05. bei zwei Veranstaltungen mit Richard Mergner, dem frisch gewählten Vorsitzenden des BN Bayern. Wir laden alle ein, einen der beiden Termine zu besuchen. Die Einladung kann gerne auch an Freunde und Bekannte weiter gegeben werden. Wir freuen uns über jeden Teilnehmer, auch Nichtmitglieder des Vereins sind herzlich willkommen.

Am 09.05. um 14:00 Uhr in Waldbrunn, an der Quelle „am Pfetzer“

Am 09.05. um 17:00 Uhr in Karlburg, am Kreisel an der Karolingerbrücke

Näheres zu beiden Veranstaltungen unter <https://b26n.org/termine.html>

Vorweg: in der Vorstandschaft haben wir uns intensiv mit der B26n gemäß Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) und den Aussagen von Befürwortern der B26n auseinandergesetzt. Wir kommen zum Ergebnis, dass die B26n nicht notwendig ist, eine massive Umweltzerstörung wäre und das Gegenteil von sinnvoller Verkehrsplanung in der heutigen Zeit darstellt. Weiterer Widerstand ist deshalb notwendig.

Zusammenfassung dessen, was im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) rund um die B26n beschlossen wurde und zum aktuellen Stand:

1. Die B26n ist jetzt nicht mehr vierstreifig, sondern dreistreifig geplant. Eine Fahrspur für jede Richtung plus ein wechselseitiger Überholstreifen.
2. Der nördliche Abschnitt der B26n zwischen Arnstein und Karlstadt ist im vordringlichen Bedarf. Für diesen Abschnitt läuft derzeit die Linienbestimmung. Er soll in zwei Bauabschnitten bis 2030 gebaut werden. Für den ersten Bauabschnitt zwischen Arnstein und Müdesheim sollen laut Befürwortern ab 2020 die Bagger rollen. Der erste Bauabschnitt soll 2025 für den Verkehr freigegeben werden.
3. Der südliche Abschnitt zwischen Karlstadt und A3 ist im weiteren Bedarf mit Planungsrecht im BVWP 2030 enthalten. Hierzu gibt es offiziell keine Aktivitäten.
4. Der Zubringer Lohr wird als Fortführung der B276 (Bad Orb – Lohr) bezeichnet. Er ist im weiteren Bedarf mit Planungsrecht als eigenes Projekt im BVWP 2030 enthalten. Auch hierzu gibt es offiziell keine Aktivitäten.

5. Der sechsspurige Ausbau der A7 ist im BVWP 2030 im weiteren Bedarf mit Planungsrecht enthalten. Die Planungen dazu laufen und mit der Erneuerung der ersten Talbrücken wurde begonnen.

Nach Diskussion der neuen Pläne kommen wir zum Ergebnis, dass es für den Bau der durchgehenden Westumgehung von Würzburg/B26n keinen einzigen Grund gibt. Der Verein lehnt deshalb den Bau der Westumfahrung Würzburg/B26n weiterhin ab.

1. Eine Entlastung der Stadt Würzburg vom LKW-Durchgangsverkehr ist mit einer besseren Überwachung des bestehenden LKW-Durchfahrverbots und mit dem bereits laufenden 6-spurigen Ausbau der A3 und der A7 erreichbar. Die B26n brächte hier keine spürbare Entlastung (niedriger einstelliger Prozentsatz)
2. Der teure Ausbau der A7-Brücken kann durch die Westumgehung/B26n nicht mehr vermieden werden. Die A7-Brücken im Abschnitt Werneck bis Biebelried sind marode. Die Erneuerung und der 6-spurige Ausbau haben bereits begonnen.
3. Die B26n ist für das westliche Mainfranken als Wirtschaftsfaktor nicht notwendig. Annähernd Vollbeschäftigung ohne B26n (2017/2018) beweisen dies.
4. Die bessere Anbindung von Gebieten durch die B26n ist vernachlässigbar gering. Fünf bis zehn Minuten Fahrzeitgewinn von Karlstadt zur A7 rechtfertigen keinen Flächenverbrauch von 220 ha und mehr als 200 Mio € an Baukosten.

Wir sehen in der gegenwärtigen Planung Erfolge, aber auch die Notwendigkeit und den Ansporn für unseren weiteren Widerstand gegen die B26n.

1. Der langjährige Widerstand gegen die B26n hat dazu geführt, dass die Notwendigkeit einer Westumgehung nachweislich nicht mehr existiert. Alle Gründe der Befürworter sind widerlegt.
2. Für die Verhinderung des südlichen Abschnitts zwischen Karlstadt und der A3, sowie den Zubringer Lohr sehen wir realistische Chancen. Notwendig ist, dass der politische Widerstand im Landkreis Würzburg geschlossen bleibt und die BürgerInnen und Bürger Ihren Widerstand aufrecht erhalten, z.B. durch Mitgliedschaft und durch Teilnahme an den Aktionen unseres Vereins.
3. Den Bau des nördlichen Abschnitts (Arnstein – Karlstadt) können wir nur dann verhindern, wenn wir unseren Widerstand in den nächsten Monaten verstärkt zum Ausdruck bringen.
Die B26n zwischen Arnstein und Karlstadt ist „nur noch“ als Verkehrs-Entlastung für die Werntalgemeinden begründbar. Mit dem Bau würde das Werntal, je nach Ort, um 3000 bis 1500 Kfz pro Tag entlastet (ca 200 LKW/Tag weniger).
Das Ergebnis unserer Analysen ist jedoch, dass die Entlastung im Werntal alle Gemeinden westlich von Karlstadt bis zur A3 deutlich mehr belastet. Die B26n von der A7 bis Karlstadt wäre so attraktiv, dass sie von bis zu 10.000 Kfz pro Tag befahren würde, die heute noch die Autobahnen A7 und A3 nutzen. Der Anteil des Schwerlastverkehrs würde bei 1100 LKW liegen. Der zusätzliche LKW-Verkehr würde ab Müdesheim oder ab Karlstadt die vorhandenen Straßen mit Ortsdurchfahrten bis zur A3 befahren. Aufgrund der Mautpflicht auf Bundesstraßen bevorzugt auf Staats- und Kreisstraßen mit Ortsdurchfahrten.

4. Spätestens wenn das erwartete Verkehrschaos zwischen Karlstadt und der A3 ab 2030 eintritt, würde die Forderung nach dem durchgängigen Bau der B26n bis zur A3 wieder laut und der Bau erzwingbar.

Wir halten deshalb auch die 3-streifige B26n für den falschen Weg, um das Werntal zu entlasten. Sie würde wertvolle Natur zerstören, es existiert kein Plan wie der massiv zunehmende überregionale Verkehr ab Karlstadt abgeleitet werden soll und sie birgt die Gefahr des durchgängigen Weiterbaus bis zur A3.

Wir fordern, dass der überregionale Schwerlastverkehr auf den bestehenden Autobahnen geführt wird, anstatt ihn in Ortsdurchfahrten zu verlagern.

Wir fordern darüber hinaus passende Lösungen zur Entlastung des Werntals, anstatt die Verkehrsbelastung nur zu vervielfachen und weiter nach Westen zu verlagern. Die B26n zu bauen nur weil damit Ortsumfahrungen mit Bundesmitteln finanziert werden, ist nicht sinnvoll. Die B26n ist als Westumgehung geplant und taugt nicht als Ortsumfahrung. Dazu zieht sie zu viel überregionalen Schwerlastverkehr auf mautfreie Nebenstraßen.

Wir fordern einen maßvollen Ausbau von bestehenden Straßen. Immer dort wo es notwendig ist auch mit Ortsumfahrungen, damit Menschen vom Verkehr entlastet werden.

Straßenneubau ohne Konzept und Verlagerung von überregionalen Schwerlastverkehr von Autobahnen in Ortsdurchfahrten ist keine sinnvolle Verkehrsplanung.

Wir fordern alle Mitglieder des Vereins auf, sich weiterhin am Widerstand zu beteiligen, damit wir die notwendigen Verbesserungen erreichen. Eure Unterstützung und Solidarität ist jetzt mehr denn je notwendig. Auch wenn eure Heimatgemeinde vielleicht aktuell nicht mehr unmittelbar betroffen scheint.

Wir freuen uns auf gemeinsame Veranstaltungen und rege Diskussionen mit euch. Wir halten euch mit Informationen unter <https://b26n.org> und über zukünftige Newsletter auf dem laufenden. Wer den ‚Newsletter abbestellen möchte, kann dies unter <https://b26n.org/newsletter.html> tun.

Wenn ihr den Newsletter und die Informationen auf unserer Homepage gut findet, dann verteilt die Informationen an interessierte Freunde und Bekannte.

Kritik bitte direkt an das Redaktionsteam (Katharina, Armin, Reinhard) per email an <mailto:redaktion@b26n.org>.

Freundliche Grüße

Die Vorstandschaft des Vereins Bürger und Kommunen gegen die Westumgehung/B26n e.V.

1. Vorsitzender Günter Krönert

Stellv. Vorsitzende: Waldemar Brohm, Hans Fiederling, Armin Beck

Vorstandsmitglieder: Barbara Mayer, Dr. Sonja Stahl, Wolfgang Rupp, Kassier Wolfgang Krönert, Erwin Scheiner, Schriftführer Reinhard Rauch

Verantwortliche für die Öffentlichkeitsarbeit: Katharina Vautrin-Hofmann